

Sportplatz: SPD will städtebaulich tragbare Variante

Schneidhain – Die geplante Neugestaltung des Schneidhainer Sportplatzes wird in diesen Tagen so viel und kontrovers diskutiert, wie kaum ein Thema in der Kurstadt in diesen Tagen. Für die Königsteiner SPD steht außer Frage, dass man den Verein SG Blau-Weiß Schneidhain in seinen Bemühungen um einen Sportplatz auf dem Niveau der heutigen Zeit unterstützt. Allerdings weist der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Villmer darauf hin, dass wesentliche Aspekte der Planung noch zu klären seien und diese sollten auch ausdrücklich von den Gestaltungsvorschlägen der Bürger begleitet werden.

Dies alles wertet die SPD auch vor dem Hintergrund der maroden Haushaltslage der Stadt und konstatiert, dass vor diesem Hintergrund eine kostspielige Sanierung der Spielfläche und des Vereinsheimes nicht möglich sein werde. Die Stadt sei daher auf Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen angewiesen.

Um den Spielbetrieb des Vereins, Jugendarbeit und Schulsport an den heutigen Standard und Vorgaben anzupassen bzw. nicht zu gefährden, muss eine neue bauliche und finanzierbare Lösung gefunden werden. Die SPD sieht den Verkauf des heutigen Areals und den gleichzeitigen Erwerb eines Grundstückes hinter dem „Seeger-Gelände“ als ernsthafte Alternative an, um einen Standort-

wechsel vorzunehmen. Für den im Ortsbeirat Schneidhain abgestimmten Planungseinstieg sei die Beteiligung der Bürger ausdrücklich vorgesehen. Für den Verein und den Schulsport würden sich die Perspektiven verbessern und die Stadt könne mit den Einnahmen die Kosten der Investition zu 100 Prozent decken.

Im Gegenzug werde ein Investor versuchen, auf dem alten Sportplatzgelände eine maximal zulässige Bebauung zu erreichen, um seine Investitionen zu refinanzieren. Ein weiteres Bedürfnis vieler Schneidhainer wäre auch mit der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes erfüllt. Die Spielstätten bestehend aus Bolzplatz, Rollschuhbahn und Spielplatz sollen im Zuge der Gesamtmaßnahme erhalten bzw. an neuen Standorten ersetzt werden. Für die geplante bauliche Realisierung und Flächenumwidmung an Ort und Stelle müssten die Parlamentarier jedoch im gesetzlichen Bauleitverfahren Grenzen setzen, so Villmer. In dieses Planungsstadium wolle die SPD Fraktion mit guten Vorschlägen einsteigen, um gemeinsam mit den Bürgern eine städtebaulich tragfähige Variante zu erarbeiten. Für keine der unterschiedlichen Interessensvertreter sei die Tür zu, die SPD Fraktion suche den Dialog und möchte nicht am Bürger vorbei entscheiden, betonte Villmer.